

An das
Bundesministerium für
Justiz
Museumstraße 7
1070 Wien

Wien, 09. November 2015

Begutachtungsverfahren:

Bundesgesetz mit dem das Gerichtsgebührengesetz, das Gerichtliche Einbringungsgesetz, das Unterhaltsvorschußgesetz, das Firmenbuchgesetz, die Rechtsanwaltsordnung und das EIRAG geändert werden (Gerichtsgebühren-Novelle 2015 – GGN 2015)

Sehr geehrte Damen und Herren,

die SOZIALWIRTSCHAFT ÖSTERREICH, als größte Interessensvertretung der Arbeitgeber im privaten Sozial- und Gesundheitsbereich, bedankt sich für die Übermittlung des Begutachtungsentwurfes der Gerichtsgebühren-Novelle 2015 und erlaubt sich, fristgerecht nachstehende Stellungnahme zu übermitteln.

Die SOZIALWIRTSCHAFT ÖSTERREICH begrüßt die verfassungskonforme Ausgestaltung der Rechtsmittelgebühren und Anpassung der Gebühren bei Firmenbuchabfragen, eine Erleichterung einer nachträglichen Richtigstellung von Eintragungen im Firmenbuch wird als sinnvoll erachtet.

Mit freundlichen Grüßen



Mag.(FH) Erich Fenninger
Schriftführer



Wolfgang Gruber
Vorstandsvorsitzender